



27.10.2015

Energiewende Rheinisches Revier bangt um bis zu 4000 Jobs



Bald Vergangenheit? Braunkohlebagger fördern im Tagebau Garzweiler Kohle. Im Hintergrund die Kraftwerke Frimmersdorf und Neurath Bild: DPA

Im Kampf für den Klimaschutz sollen fünf RWE-Braunkohleblöcke stillgelegt werden. Das könnte Tausende Jobs kosten, fürchtet die Region. Umweltschützer kritisieren dagegen die Millionen-Entschädigungen für RWE.

Grevenbroich/Essen Das Rheinische Revier bangt wegen der Stilllegungspläne für fünf RWE-Braunkohleblöcke um Tausende Stellen. Auf jeden der bis zu 1000 wegfallenden RWE-Jobs kämen etwa 2,5 weitere Stellen bei Dienstleistern, sagte der Landrat des Rhein-Erft-Kreises, Michael Kreuzberg (CDU), am Montag. „Vom Frisör über den Kiosk bis zur Bank bleiben die Kunden weg.“ In der Region könnten damit insgesamt 3000 bis 4000 Stellen wegfallen. Die NRW-Landesregierung nehme die Sorgen sehr ernst, erklärte eine Sprecherin des NRW-Wirtschaftsministeriums.

Nach einer Einigung der Bundesregierung mit der Industrie sollen die drei deutschen Braunkohle-Konzerne RWE, Vattenfall und Mibrag für den Klimaschutz bis 2020 schrittweise 13 Prozent ihrer deutschen Braunkohle-Kapazitäten stilllegen - dafür gibt es über sieben Jahre je 230 Millionen Euro. RWE plant dazu, zwischen Ende 2017 und 2019 drei Kraftwerksblöcke in Grevenbroich-Frimmersdorf und Grevenbroich-Neurath sowie zwei Blöcke in Bergheim-Niederaußem zunächst in einen Reservebetrieb zu versetzen und später stillzulegen, wie der Konzern am Wochenende mitgeteilt hatte. Bis zu 1000 Stellen sollen wegfallen.

Ein RWE-Sprecher betonte am Montag erneut, dass RWE den Abbau sozialverträglich gestalten wolle. Kritik an den Millionen-Entschädigungszahlungen für RWE wies er entschieden zurück. Klimaschutzler hatten von einer „Mogelpackung“ gesprochen, weil die Blöcke ohnehin zur Stilllegung anstünden. Der Sprecher sagte, die Blöcke nähmen voll am Marktgeschehen teil. Es sei selbstverständlich, dass es für eine Stilllegung eine Entschädigung geben müsse.

Die Pläne seien ein „realistischer Kompromiss zwischen Klimaschutz und sozial ausgewogenem Strukturwandel“, sagte Landrat Kreuzberg. Aber natürlich bringe der Personalabbau Belastungen für die Region, vor allem für die Familien. Das Rheinische Revier benötige jetzt Unterstützung auch vom Land. Bisher habe man den Strukturwandel mit viel längerem Vorlauf bis 2040/45 geplant.

Es gibt in der Region bereits seit 2010 die vom Land initiierte Zukunftsinitiative „Innovationsregion Rheinisches Revier“ (IRR) der Kreise und Kammern, die bei der Ansiedlung neuer Unternehmen und der Weiterentwicklung frei werdender Grundstücke helfen wolle. Vor kurzem haben die Gesellschafter der IRR in einem Ideenwettbewerb Projekte für die künftige Entwicklung der Region gesammelt. Die Landesregierung werde die Umsetzung unterstützen, sicherte die Ministeriumssprecherin zu.

„Wir müssen jetzt ran an die Planung, damit wir 2021 in Frimmersdorf keine Industriebrache haben“, sagte der Bürgermeister von Grevenbroich, Klaus Krützen (SPD), der „Rheinischen Post“ (Montag).

Auf Bundesebene gab es auch am Montag weiter Kritik an den Millionenentschädigungen für die Braunkohle-Industrie. Eine Kraftwerksreserve, die - wie im Gesetzentwurf vorgesehen - erst nach elf Tagen Strom liefern könne, brauche niemand, sagte der Grünen-Fraktionsvize Oliver Krischer der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. „Bei der Vereinbarung von Gabriel mit RWE, Vattenfall und Mibrag geht es nicht um Versorgungssicherheit und Klimaschutz, sondern nur darum, drei angeschlagenen Kohle-Konzernen und ihren Gewerkschaften ein Versöhnungsgeschenk zu machen“, meinte Krischer.

© NWZonline [2014]

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Nordwest-Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG